

Rede von Fritz Beinersdorf zum Haushalt auf der Ratssitzung am 27.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

ich bin hier mehrfach kritisiert worden, dass in den Haushaltsreden der LINKEN zu sehr auf die Politik Berlins hin gewiesen worden wäre. Das mag so sein, deshalb heute nur drei Sätze dazu:

1. Die schwarze Null von Herrn Schäuble wird nur auf Kosten der Gemeinden erreicht werden können.

2. Im Zeitraum von 1998 bis 2008 hat man in Berlin mehr als sechzig Veränderungen in den Steuergesetzen zu Gunsten großer Vermögen und großer Unternehmen vorgenommen.

3. Ein Zitat von Frau Wilding unserer Ehemaligen OB:

„Der Schlüssel zur Behebung unserer Probleme liegt in Berlin.“

Nun weg von Berlin, hin nach Kaiserslautern.

Unter der Überschrift „40 klamme Kommunen gründen Bündnis“ informierte das Handelsblatt in seiner Ausgabe vom 21. November über die Zusammenkunft des Bündnisses „Für die Würde unserer Städte“.

Im Mittelpunkt des Artikels eine Tabelle über die zehn deutschen Schuldenhochburgen.

Auf Platz fünf Remscheid. „Remscheid hat sich leicht verbessert. War die Stadt 2007 noch auf dem vierten Platz zu finden, ist sie jetzt mit 4998 Euro Kassenkrediten pro Kopf der Bevölkerung nur noch auf Platz fünf.“

Wuppertal belegt den siebten Platz mit 4215 Euro Kassenkrediten pro Kopf der Bevölkerung.

Spitzenreiter ist wie schon im Jahr 2007 die Stadt Oberhausen mit 6870 Euro Kassenkrediten pro Kopf der Bevölkerung.

Oberhausen, die Stadt in NRW die mit dem Centro eine der größten Einzelhandelseinrichtungen besitzt und in Praxis beweist, dass großflächiger Einzelhandel letztlich kein Instrument eines erfolgreichen und nachhaltigen Strukturwandels ist.

Sondern eher das Gegenteil der Fall ist.

Es wird in unserer Stadt derzeit mit allen Mitteln daran gearbeitet einen großflächigen Einzelhandel in Form eines DOC zu etablieren.

Erhebliche Geldbeträge sind hier durch unsere Stadt bereits investiert worden. Ich verweise hier auf das Protokoll der Ratssitzung vom 25. September diesen Jahres, Beantwortung einer Einwohnerfrage, TOP 3.4.

Es gibt dort eine Aufstellung von verschiedenen nicht weiter verifizierten Geldbeträgen und unter erstens die lapidare Feststellung das Personalkosten (gemeint sind die der Stadt) nicht separat erfasst würden.

Diese Feststellung ist es wert gerügt zu werden. Die Frage ist hier, ob hier nicht Regeln des NKF missachtet wurden.

Ich möchte mich im weiteren mit einigen herausragenden Details der Hauhaltsplanung auseinandersetzen.

Zur Erhöhung der Grundsteuer B: Wir sind da festgelegt und haben sofort nach dem der Vorschlag gekommen ist, dargelegt warum wir das nicht mittragen werden.

Innerhalb von wenigen Jahren diese Steuer, die nun jeden trifft um über 60% zu erhöhen das ist das absolute no go, oder möchte die Stadt als Mietpreis- Steigerer da stehen.

Die ganz große Koalition hat mittlerweile bemerkt, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nicht Willens sind diese Steuererhöhung so einfach hinzunehmen, und hat vorgeschlagen statt einer Erhöhung von 200v.H eine Erhöhung von 190v.H in Anschlag zu bringen.

Ein wirklich revolutionärer Vorschlag.

Eine Bemerkung zur Befristung: Alle Erfahrungen mit Steuererhöhungen im Kommunalen Bereich besagen was ist dass bleibt.

Nun zum sogenannten Konsolidierungsbeitrag den die TBR leisten soll.

Nach Einschätzung der Verwaltungsspitze gefährdet der Griff in die Reserven nicht die Geschäftstätigkeit der TBR, alles ist gut und alle Eventualitäten sind im Griff, die Gebühren können stabil gehalten werden..

Wenn dies so ist, wäre es doch eigentlich einmal sinnvoll die Gebühren für die Bürger zu senken, denn dafür wären die Gewinne eines öffentlichen Unternehmens ja eigentlich da.

Aber dies ist nicht gewollt. Es ist also so, wie es schon im Mai diesen Jahres zu erwarten war, die Konsolidierung des Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch den Griff in die Tasche des Bürgers, der obendrein noch mit eingeschränktem Service der Verwaltung in den bürgernahen Diensten konfrontiert ist.

Die Beschäftigten der Verwaltung sind durch den Personalabbau einer Arbeitsverdichtung ungeahnten Ausmaßes unterworfen, dort liegen die Ursachen für Mängel im Service.

Diese Mängel werden nicht behoben, im Gegenteil, ein Blick in den Stellenplan zeigt, das weitere Belastungen auf die Kolleginnen und Kollegen zukommen werden.

Wenn ich mir die Vorstellung der ganz großen Koalition zur Personalpolitik im Antrag Haushaltsbegleitbeschluss anschau wird dieser Eindruck noch einmal bestätigt.

Man kann sagen dass dies ein Schlag in das Gesicht der Beschäftigten ist.

Meine Damen und Herren,

DIE LINKE hat in der Vergangenheit Vorschläge gemacht um die Einnahmensseite des Haushaltes zu verbessern. Ich erinnere an unseren Vorschlag einen Steuerprüfer im Bereich der Gewerbesteuer einzustellen. Städte wie Bonn, Köln, Duisburg u.s.w. haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht und haben Millionenbeträge für ihre Haushalte generiert.

DIE LINKE hat sich und wird sich weiter einsetzen für die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefortschrittssteuer in die auch alle Freiberufler einzahlen.

DIE LINKE hat und wir sich einsetzen für eine Erhöhung des Verbundsatzes der vor mehr als 20 Jahren von 28,5 auf 23 Prozent herabgesetzt wurde. Er sollte in einem ersten Schritt um 2 Prozent erhöht werden.

DIE LINKE hat im aktuellen Verfahren um den Doppelhaushalt 2015 – 2016, gefordert eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zu tabuisieren.

Wir stellen fest, dass selbst eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 600 Punkte die Unternehmen nicht höher belastet als vor der Reform der Gewerbe – und Körperschaftssteuer im Jahre 2008. Die letzte Erhöhung der Gewerbesteuer zum 1.1.2013 von 460 auf 490 Punkte hat nicht zur Abwanderung von Unternehmen geführt und nicht die Höhe der Gewerbesteuer sondern das aufgrund der Topografie eher bescheidene Angebot an adäquaten Gewerbeflächen hat fremde Unternehmen davon abgehalten sich hier zu etablieren.

DIE LINKE hat für diese Sitzung des Rates den Antrag gestellt, wenigstens die Schulsozialarbeit durch eine angemessene und zeitlich begrenzte Erhöhung der Gewerbesteuer abzusichern. Denn die Unternehmen brauchen junge Menschen mit guter Bildung für ihre Betriebe und stellen entsprechende Anforderungen.

Ein gute und erfolgreiche Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist heutzutage zu einem Gutteil von einem Einsatz gut ausgebildeter Schulsozialarbeiter abhängig.

Deshalb erscheint es uns als Plausibel hier die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen.

Meine Vorredner haben alle die Landesregierung bejubelt die Schulsozialarbeit weiter zu führen.

Ich sage ohne den Protest der Eltern, Schüler, Lehrer, Sozialarbeiter und freie Träger ohne das ständige Nachbohren der LINKEN hätte sich diese Landesregierung nicht bewegt.

30% der Landesaufgabe Schulsozialarbeit müssen die Kommunen selbst tragen. Die Konnexität wird in diesem Sinne erneut nicht eingehalten.

48 Mio. Euro die das Land bereit stellt werden aus dem Sozialhaushalt entnommen, und werden an anderer Stelle für wichtige soziale Aufgaben fehlen.

Mit unseren Vorschlägen hätte der Haushalt seine soziale Schiefelage verloren. So wie er sich uns nun darstellt ist er für uns nicht zustimmungsfähig.